

Deutschlands Europawahn

Wilhelm Hankel

Deutschlands politische Klasse unterliegt einem doppelten Realitätsverlust – dem politischen, dass unsere Nachbarvölker in derselben Weise anstreben, „in Europa aufzugehen“ wie wir hierzulande, und dem ökonomischen, dass der Weg ins „Vereinte Europa“ durch nichts stärker und irreversibler vorangetrieben werde als durch eine gemeinsame Währung.

Dabei zeigt das nicht nur vorläufige Scheitern der Europa-Verfassung, dass die politische Selbstaufgabe kein europäisches Anliegen ist, sondern ein spezifisch deutsches und auch nichts mit dem zähen und offenbar unausrottbaren Nationalismus der anderen zu tun hat, sondern der realistischen Einsicht, dass ein solches Europa schlichtweg unregierbar ist oder sein würde. Es würde den grössten politischen Fortschritt des vergangenen Jahrhunderts (und seit der Französischen Revolution) wieder auslöschen: den demokratisch fundierten und kontrollierten Rechts- und Sozialstaat. Denn was der „Europäische Konvent“ ohne legitimierten Auftrag und offenbar bar hinreichend kompetenter Besetzung in wenigen Monaten als künftige Verfassung der europäischen Staatenföderation (ohne Vision und System) zusammengeschustert hat, bringt dem neuen Europa weder die unerlässliche Parlamentsherrschaft und Rechtsvereinheitlichung, dafür aber den Abbau, wenn nicht gar Abbruch der sozialstaatlichen Systeme und Strukturen in seinen Teilstaaten – denn die „Staatsräson“, die hinter diesem Europa steht, heißt schlicht mehr Ämter plus (noch mehr) unkontrolliertes marktwirtschaftliches Laissez-faire. Europa fällt weit zurück hinter Montesquieu, Kant und Rousseau: statt des alten Adels herrscht eine sich selbst bestätigende (und vermehrende) Bürokratie!

Die ökonomische Erfahrung wiederum bestätigt: Die Einbringung nationaler Geldsysteme in noch so kunstvolle und überlegte transnationale Währungsbindnisse und Arrangements erlebt immer dann ihr abruptes und irreversibles Ende, wenn sie in tödlichen Konflikt mit den nationalen Hausaufgaben der Vertragsstaaten gerät. Das vorige Jahrhundert erlebte diesen Konflikt gleich zwei Mal: In den Siebziger Jahren endete das Bretton Woods-System, weil (nicht zuletzt unter dem Einfluss der Bundesbank-Philosophie) immer mehr Staaten zu der Einsicht gelangten, die häusliche Stabilität ihrer Währung sei mit der internationalen Einbindung ihrer Währungen in den weltweiten Dollar-Standard nicht zu vereinbaren. Bereits in den dreissiger Jahren hatte eine ähnliche Wahrnehmung den Zusammenbruch des Gold-

standards herbeigeführt. Nur ging es damals nicht um die Abwehr einer importierten Inflation, sondern einer importierten Krise. Damals lernten die Staaten, dass die Bekämpfung einer verheerenden Arbeitslosigkeit ohne die „Nationalisierung“ von Wechselkursen, Zinsen und staatlicher Haushaltsführung nicht möglich sei, eine Entdeckung, die bekanntermassen J. M. Keynes zugeschrieben wird, aber mehrere Väter (u.a. in Skandinavien und auch Deutschland) hatte. Weder im einen noch im anderen Falle zögerten die Mitgliedstaaten, diese Währungsunionen über Nacht (und vertragswidrig!) aufzukündigen – trotz ihrer unleugbaren Verdienste: denn die Währungssicherheit des Goldstandards hatte die moderne Weltwirtschaft geschaffen und die nachfolgende des Dollar-Standards von Bretton Woods hatte sie nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zu neuem Leben erweckt. In beiden Fällen ließ der Konflikt mit dem „contrat social“ zuhause den Mitgliedsstaaten keine andere Wahl: Das Überlebensrecht der Staaten geht jeder internationalen Währungsvereinbarung vor.

Genau das (obwohl erst „gestern“ erlebt) verdrängt die politische und ökonomische Führung in Deutschland: Je größer und je heterogener der Kreis der Mitgliedstaaten in EU und demnächst auch im Euro-Verbund wird, desto unmöglicher wird es, in Europa eine Politik à la Bundesbank – und auf diese ist die Europäische Zentralbank (EZB) ja festgelegt worden – zu betreiben. Es bedarf keiner „Theorie“, um dieses zu beweisen. Der Bruch des auf deutsche Pressionen hin nachträglich in das Vertragswerk von Maastricht hineingeflickten sog. „Stabilitätspaktes“ erweist es. Ausgerechnet Deutschland, das diesen Pakt in der Anwendung für andere ersonnen und durchgesetzt hat, einzig und allein, um das deutsche Publikum davon zu überzeugen: „Der Euro sei und bleibe so stabil wie die DM“ (so der frühere Finanzminister Waigel), wird nun erstes und prominentestes Opfer des fatalen „Sieges der Bundesbank-Philosophie über ganz Europa“ (so der frühere Wirtschaftsweisen Olaf Siebert). Denn im neuen Euro-Verbund, festgelegt auf „deutsche“ Stabilitätsziele, können weder die notorisch inflationsanfälligen alten Schwachwährungsstaaten ihre Preisauftriebstendenzen bekämpfen noch die auf eine hohe Binnen-Stabilität festgelegten Kernstaaten der Union (allen voran Deutschland und Frankreich) ihre inzwischen unübersehbare Stagnation und Massen-Arbeitslosigkeit. Über den Euro erhalten Europas Schwachwährungsstaaten (Irland, Portugal, Spanien, Griechenland plus dem hoffnungslos überschuldeten Italien) neuen Inflationsauftrieb ohne gleichzeitige Abwertungsgefahren (denn letztere sind „europäisiert“). Diese Länder können jetzt fehlende Ersparnisse durch (für sie zu) billiges Euro-Geld und -Kapital ersetzen. Statt zweistelliger Zinssätze liegen ihre Realzinsen (abzüglich Inflationsrate) bei Null und z.T. darunter! Was wunder, dass ihre Volkswirtschaften boomen, nur eben hochinflationär finanziert. Weil der Preisauftrieb der armen Länder die EZB daran hindert – und hindern muss – die Zinsen für die noch reichen Stagnationsländer Deutschland und Frankreich situationsgerecht zu senken, leiden letztere doppelt: unter den (für sie viel) zu hohen Realzinsen und den – stagnationsbedingt – haushohen Staatshaushaltsdefiziten. Weil sie Europas armen Staaten über den Euro ihr niedriges Zinsniveau „geschenkt“ haben, stehen sie nun als Wohltäter und Stabilitäts-Musterknaben selber am Pranger: als Sünder eines Stabilitätspaktes, wie er unsinniger nicht konzipiert sein könnte, denn die armen Inflationsländer haben keine Haushaltssorgen, der inflatorische Boom füllt ihre Staatskassen, während die Opfer dieser Inflationstendenzen dank ihrer Inflationsdisziplin Ebbe im Staatsäckel haben und über ihre Defizite nunmehr die Euro-Stabilität bedrohen!

Man muss kein Prophet sein, um voraussagen zu können: Weder Euro-Verbund noch Stabilitätspakt werden diese, sich zuspitzende Situation lange überleben. Spätestens wenn ab Frühjahr 2004 der Beitritt von 10 der schwächsten Länder und Volkswirtschaften zur EU und bald danach (auf eigenen Wunsch) zum Euro vollzogen ist, werden die Inhomogenitätsprobleme in Europa eskalieren. Die schwachen Beitrittskandidaten werden unter den Exportoffensiven ihrer westlichen Nachbarn leiden und, um mit ihnen fertig zu werden, höhere Zuschüsse aus Brüssel verlangen: beides seit dem Ende der DDR nicht ganz unbekannte Phänomene. Bleibt dieses Geld aus Brüssel, wie zu erwarten, aus, ist die Eskalation der bereits bestehenden Haushaltsdefizite unausweichlich. Ein Euro, dem die Aufnahme weiterer Schwachwährungen droht, kann schon aus arithmetischen Gründen auf Dauer nicht stabiler sein und bleiben wie bisher. Er wird zur chronischen Weichwährung werden, was eher früher als später auch die globalen Finanzmärkte einpreisen werden. Ein innen weicher Euro wird auch nach aussen aufweichen und eine noch massivere Flucht aus dem Euro auslösen als bisher. Der Euro macht den alten Kontinent arm statt reich!

Die Europäische Währungsunion (EWU) wird daher früher oder später das Schicksal von Goldstandard und Bretton Woods teilen. Die Partner werden sie notgedrungen aufgeben, weil sie ihre inneren Probleme nicht löst, sondern verschärft – bis hin zur Unlösbarkeit. Zurückbleiben wird günstigstenfalls ein monetär integriertes Resteuropa der stärksten und am dichtesten vernetzten EU-Kernländer, dem sich die anderen nach Abschluss ihrer inneren Aufholprozesse wieder anschliessen können (ein monetäres Europa der bereits angekündigten zwei Geschwindigkeiten).

Und die Folgen für Europa? Man kann sie nur positiv beurteilen. Mit der Rückkehr zur ökonomischen Vernunft käme Europa heraus aus der Sackgasse einer Integration, in die es sich mit Maastricht und den Folgen zunehmend verrannt hat. Der alte Kontinent kann weder die Rolle eines zentralistischen Megastaates mit einem Volk, einem Parlament und einem Präsidenten spielen, noch kann er sich dem Risiko eines mehr oder minder wild wuchernden Gemeinsamen Binnenmarktes aussetzen, eines marktwirtschaftlichen Laissez-faire, das mangels Staat auch keine sozialen Korrekturen dieses Prozesses mehr zulässt. Weil Europa keinen Zentralstaat bilden kann (und aus demokratischen Gründen auch nicht sollte), es gleichwohl seine Märkte – insbesondere seinen Arbeitsmarkt – ihrem Selbstlauf weder unbesehen überantworten kann noch darf, braucht es funktionstüchtige Staaten und Regierungen. Europa kann auf diese Horte seiner Demokratie und diese Zentren einer überlegten und verantwortbaren marktwirtschaftlichen Ressourcennutzung und -lenkung nicht verzichten, wohl aber auf eine wachstums- und wohlstandsgefährdende, zu Krise und Kapitalflucht tendierende Gemeinschaftswährung.

Europa braucht Politiker, die begreifen, dass Europa sich zwar ein geschärftes Außenprofil geben kann und sollte (z.B. eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik), dass es jedoch seinen inneren Wohlstand Nation für Nation erarbeiten muss: über dort angesiedelte innere Reformen und intelligente Politik und keine Transfers von außen (à la frühere DDR!). Europa hat nur als dezentralisiertes System eine Chance – als zentralisiertes wird und muss es scheitern. Seine schwächere Nationen müssen lernen, dass EU und Euro-Verbund keine Synonyma für einen von anderen bezahlten Lastenausgleich und monetäre Entwicklungshilfen sind und Deutschlands politische Klasse, dass Europa keine vor Holocaust-Vorwürfen schüt-

zende zweite Heimat darstellt. Charles de Gaulle's Formel von Europa als dem „Vaterland der Vaterländer“ beschreibt noch immer die für Zustand und Zukunft des alten Kontinents bestmögliche Politik der nationalen Verantwortung und marktwirtschaftlichen Effizienz.